

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Verleger: Emil Moritz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 1. Juli 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Verleger: Emil Moritz, Nr. 151 90-151 97.

Neue italienische Anstürme in den Sieben Gemeinden.

Deutsche Kriegsgefangene besetzen Irkutsk

London, 29. Juni. Das Reutersche Bureau meldet aus Charkow: Deutscher Reichsdeutsch Kriegsgefangene haben Irkutsk besetzt. Die Tschecho-Slowaken haben sich in der Richtung Krasnojarsk zurückgezogen.

Vor einigen Tagen war eine Meldung in Umlauf, daß Irkutsk in den Händen der Tschecho-Slowaken sei. Trifft die jetzt eingegangene Reutersche Nachricht zu, so wäre ihnen der für die Verbindung nach dem inneren Sibiriens wichtigen Ort wieder verloren gegangen. Am meisten bemerkenswert ist nun aber, daß österreichisch-deutsche Kriegsgefangene ihnen den Platz abgenommen haben sollen. Zum erstenmal kommt damit eine Nachricht, die unsere Kriegsgefangenen als Kämpfer auf russischer Seite, also auf Seiten der Bolschewiki ausweist.

Aber die Nachricht stammt von Reuters, und es empfiehlt sich, die Erinnerung aufzufrischen, daß bei Beginn der Propaganda für japanische Intervention in Ostibirien unter den Schwärzern von der Ausdehnung der deutschen Macht nach dem Fernen Osten nach der Hinweis auf die Verhaftung der deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien nicht fehlte. Die Intervention scheint zwar im Augenblick von Japan vertagt worden zu sein, aber sie hat in England und Frankreich starke Anhänger, und so ist Anlaß genug vorhanden, vorsichtig abzuwarten, ob die Reutersche Meldung nicht doch nur ein ententistisches Stachelmittel ist, um Widerstände gegen die Intervention besser herauszuholen. In diesem Fall wäre die Nachricht guttunlich, halten wir durchaus nicht für ausgeschlossen.

Die Reformen in Rumänien.

Wahlreform mit Pluralwahlrecht.

Bukarest, 29. Juni. Die rumänische Kammer nahm heute nach den vom Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten Marghiloman gehaltenen Reden einstimmig die Antwortadresse auf die Thronrede an.

Der Minister des Innern Aton erklärte, daß die Stunde der Verwirklichung der Reformen nahe und daß das Land vom Parlament die Feststellung der Verordnungen verlangen. Er sagte: Die begangenen Fehler müssen gebüßt und die Verbrechen bestraft werden. Die Regierung ist ferner berufen, eine große Finanzreform durchzuführen, da die Lasten des Krieges drei Milliarden übersteigen und unsere Staatsschuld auf zehn Milliarden angewachsen ist. Man möge hinzu, daß die Regierung auch die Agrar- und Wahlreform durchzuführen werde, daß sie aber Vorbehalten gegenüber sei.

Ministerpräsident Marghiloman, der als Letzter das Wort ergriff, erklärte: Ich war gegen den Krieg, weil ich die Geschichte und die Geographie meines Landes kannte und weil ich in dem Mann Kustand, sich zum Herrn von Konstantinopel zu machen, eine Gefahr für uns sah. Deshalb blieb ich meinem Standpunkte treu und schloß Frieden, um zu retten, was noch dem Recht zu stehen war, dessen ich mich bei jenen erfreute, mit denen wir unterliegen. Der Ministerpräsident stellte fest, daß

General Averescu

Teilsweise die Absicht, das zu unterhandeln, und Frieden zu schließen, sondern einzig und allein die Dinge zu verschleppen. Das Ergebnis war, daß die Bevölkerung sich in die Demobilisierung und den Durchzug deutscher Truppen durch die Moldau aufzwang. Der Ministerpräsident bestritt sowohl der liberalen Partei als auch der Gruppe Averescu das Recht, von Vessarabie zu sprechen. Er sagte: Der Führer der liberalen Partei mag mit dem Vorwurf eines großen Verwegens, als ich eines Tages im Senat die Vessarabie-Frage berührte, und General Averescu lebte es ab, sich mit Vessarabien zu befassen, als man ihm davon sprach.

Der Ministerpräsident entwickelte hierauf das

Programm der Regierung:

Beseitigung der Konfiskation, Befreiung der Hochschullehrer von der politischen Verantwortung, zeitweilige Aufhebung der Anwartschaft der Richter und Pensionierung der Finanz- und Verwaltung. Er erklärte ferner: Wir wollen aus der Nationalbank eine Bank des Staates und nicht eines politischen Partei machen. Das gleiche gilt für die Bodenreform. Die Agrar- und die Wahlreform werden insgesamt im Interesse der Ordnung, die im Staate herrschen muß, durchgeführt werden.

Nachdem der Ministerpräsident sich

für das Pluralwahlrecht

ausgesprochen und erklärt hatte, daß das allgemeine Wahlrecht ohne Einschränkung eine Gefahr für das Land darstellen würde, sagte er: Die zur Durchführung der Agrarreform werden die Grundbesitzer durch ein Gesetz verpflichtet werden, einen Teil ihrer Äcker den Bauern zu verpachten. Wir haben die Verpflichtung übernommen, die Reformen einzuführen, und wir werden diese Verpflichtung erfüllen. Glauben Sie, daß

Erhöhte Artillerietätigkeit zwischen Nier und Marne.

Berlin, 30. Juni 1918, abends. Amtlich. Von den Kampfzonen nichts Neues.

Amtlich. Großer Hauptquartier, 30. Juni 1918. (B. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In den Kampfzonen nördlich der Somme und südlich der Aisne hielt gestern erhöhte Artillerietätigkeit an. Am Abend lebte sie auch an der übrigen Front zwischen Nier und Marne auf. Kleinere Infanteriegefechte. Bei mehreren Vorstößen des Feindes südlich des Durcq und bei erfolgreicher eigener Unternehmung am Hartmannswillerkopf machten wir Gefangene.

Leutnant Uder errang seinen 36., Leutnant Ewenshardt seinen 31. Luftflug. Leutnant Jakob Schöf in den letzten Tagen seinen 20., 21. und 22. Gegner ab.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 30. Juni. Amtlich wird verlautbart: Unsere Streitkräfte auf der Ostfront der Sieben Gemeinden haben gestern wieder einen Tag lang unter heftigsten Artilleriebeschüssen, dem einige Stunden später starke Angriffe gegen den Col del Rosso und den Monte di Bal Bella

folgten. Während die gegen den Col del Rosso gerichteten Anstürme von Hand an erfolglos blieben, vermochte auf dem Monte di Bal Bella der Italiener nach erbitterten Kämpfen in unsere erste Linie einzubrechen. Doch wurde er durch Bataillone der ungarischen Infanterie-Regiment Nr. 131 und des Wara-Liner-Regiment Nr. 16 im Gegenstoß wieder hinausgeworfen. Weitere Angriffsvorläufe sowie Teilvorstöße gegen den Sissomai und bei Aslago erfolgten in unserem Geschützfeuer.

Denk überall Artilleriekampf wechselnder Stärke. Der Chef des Generalstabes.

ich zur Macht gekommen bin, nur um mit blutigen Tränen den Friedensvertrag zu unterzeichnen! Müssen Sie, daß ich nur zu diesem Zweck diese Jugend und sie alle hierher gebracht habe? Nein, wir wollen die Reformen durchführen, und wir werden es tun. Und wir werden beim Werke des Wiederaufbaus ihre Hilfe und die des ganzen Landes finden.

Was Wahlreform und Agrarreform in Rumänien bedeuten, erhellt aus folgenden kurzen Angaben über den bisherigen mehr als halbfeudalen Zustand auf diesen Gebieten. Für die 82 Proz. der Bevölkerung Rumäniens ausmachenden Bauern ist die Agrarreform eine Frage des täglichen Brotes. Nur etwa 8 300 000 Hektaren oder 41 Proz. der gesamten anbaufähigen Fläche befinden sich bisher im Besitz von rund einer Million Bauern, die je bis zu 10 Hektaren Land hatten; 1500 Grundherren (Jolaren) sind dagegen Eigentümer von rund 3 000 000 Hektaren (87 Proz. der Grundfläche), die in der fruchtbaren Ebene liegen, während die Kleinbauern zumeist in dem wenig ergiebigen Gebirge wohnen. Rund 300 000 „Banern“ besitzen in Rumänien überhaupt keinen Boden und müssen als Pächter oder Tagelöhner arbeiten.

Dann das Wahlrecht! Ein solches Recht gab es bisher für breitere Schichten der Bevölkerung — Bauern und Arbeiter — überhaupt nicht. Auf Grund der bisherigen Verfassung konnten in Rumänien nur 12 bis 14 Proz. der erwachsenen Männer an den Parlamentswahlen teilnehmen. Im Rahmen der Demokratie haben schon wiederholt die abwechselungsweise an der Spitze der Regierung stehenden Konservativen, Konservativ-Demokraten und Liberalen dem rumänischen Volke versprochen, durchgreifende Reformen vorzunehmen. Alles ist aber immer wieder beim Alten geblieben, und auch jetzt ist, wie aus dem Wort des Innenministers Arion erhellt, bereits länderer Gegenstrom im Gange.

Der Ministerpräsident trägt diesem Widerstrom von vornherein Rechnung. Er denkt zwar an ein allgemeines, aber nicht an ein gleiches Wahlrecht, und läßt abwärts das für Kapital und Grundbesitz in aller Welt übliche Pluralwahlrecht aufrechterhalten. Er wird das Wahlrecht erweitern, aber mit Einkürzung, und in dieser Hinsicht lassen sich durch Pluralwahlrechtskrisse bequem reaktionäre Wunderdinge verrichten. Wir wissen jedoch, den Sturm von rechts hat der konservativ-herr Marghiloman sicher, und nun scheint, daß er auch der Sturm von links herausfordern will.

Zur Kritik

des neuen Aktionsprogramms.

Von Heinrich Cunow.

Der Entwurf des neuen Aktionsprogramms hat in unserer Parteipresse eine etwas seltsame Bewertung gefunden. Während ein wesentlicher Teil unserer Parteibücher sich mit dem Abdruck des Entwurfs begnügt und auf eine eigene Kritik verzichtet hat, ist von einem anderen Teil der Entwurf ziemlich heftig angefochten worden. Daß die im Entwurf aufgestellten Forderungen gegen die sozialistischen Anschauungen und Grundsätze verstößen, ist zwar — wenn man von einigen inhaltlichen Redensarten der „Sozialisten“ abstrahiert — nirgends behauptet worden; die liberalen wie die konservative Presse hat vielmehr gerügt, daß das neue Aktionsprogramm noch immer den alten Geist und das alte Bestreben an der marxistischen Klassen-theorie beweist; wohl aber ist von verschiedenen Seiten die „Unvollständigkeit“ des Aktionsprogramms getadelt und eine allgemeine Ergänzung und Erweiterung desselben gefordert worden. Eine Forderung, der sich auch der Parteivorstand angeschlossen hat; denn er hat in seiner letzten Sitzung befaßt mit dem Vorschlag des Parteivorstandes, über den Entwurf abzustimmen, mit der Begründung abgelehnt, daß ihm vorher eine Ergänzung notwendig erscheine. Besonders wurde gerügt, daß das neue Aktionsprogramm nicht unsere zukünftige Parteipolitik belege, daß der die Kommunalpolitik betreffende Abschnitt IX des Entwurfs nur einen kleinen Teil seiner Forderungen enthalte, die wir unbedingt im Interesse der Weiterentwicklung der Gemeinden stellen müßten, daß der handelspolitische Teil des Programms gar nichts über unsere zukünftige Handels- und Zollpolitik sowie über die zur Steigerung der industriellen Produktionsfähigkeit nötigen Mittel mitteile, und daß ferner der erste Abschnitt des Programms sich auf den kurzen Satz: „Umwandlung des bestehenden Meeres in ein Volkmeer, beginnend mit der Verabschiedung der Dienstzeit“ beschränke und nicht unsere zukünftige Stellung zu Militär- und Flottenforderungen, zur Wehr- und Abrüstungsfrage erörtere. Daneben wurde noch mehrfach ein eingehendes Schulprogramm, eine Berücksichtigung der Jugendpflege und des Bildungswesens, eine Stellungnahme zur geplanten Reorganisation des diplomatischen Konsulardienstes und Konsularwesens bemerkt.

Sicherlich, über die meisten dieser Forderungen steht im Entwurf des neuen Aktionsprogramms nichts oder doch nur recht wenig. Eine jegliche Mäße Rede ist somit noch eine ganze Reihe von sogenannten Fragen aus den Normen schütteln, die alle nicht im Entwurf berücksichtigt sind. Darunter Fragen, die allabend nach dem Kriege auch für die Arbeiterklasse die größte Bedeutung erlangen werden, z. B. die Kolonial- und Frauenfrage (besonders soweit letztere das Einbringen des weiblichen Arbeitskräfte in die bisher den Männern vorbehaltenen Berufe betrifft), ferner die verschiedenen außerpolitischen und weltpolitischen Fragen, die unsere Partei nicht ferner so nebensächlich behandeln kann, wie es vor dem Kriege geschah, weiter die Frage der Organisation der Rohstoffbeschaffung, der Reform der Reichsfinanzsystems und des Transportwesens (Eisenbahnreform, Ausbau des Kanalnetzes, Binnenverkehr usw.), die Wiederherstellung der Internationalen und ihre Umwandlung in eine lebensfähige internationale Aktions- und Arbeitsgemeinschaft usw.

Und auch damit ist der Haufen all der Fragen, die der Weltkrieg aufgeworfen hat und die noch in seinem Gefolge nach dem Friedensschluß aufstehen, nicht zu Ende, denn dieser Krieg ist — das scheint manchem Genossen noch immer nicht recht klar geworden zu sein — eine gewaltige Revolution des Völk- und Staatslebens nicht nur auf Europa, sondern selbst großer Teile Afrikas, Amerikas und Asiens — eine Weltrevolution von ungleich größerer Auswirkung auf unsere gesamte Entwicklung, als es einst die große französische Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts gewesen ist. Die große Frage, die meist von den Kritikern des Aktionsprogramms-Entwurfs bei ihren Wünschen übersehen wird, ist nur die: Können alle diese Ergänzungen, die sie neben, tatsächlich in einem allgemeinen Aktionsprogramm berücksichtigt werden, und, wenn das möglich sein sollte, wie diese Aufnahmewürdigung aller notwendigen Forderungen mit noch ein Aktionsprogramm, das uns „aktionsfähig“ macht und dem größten Teil unserer Parteigenossen noch verständlich bleibt?

Was einmengen die Wirkung freier Parteiprogramme beobachtet hat, die doch sämtlich noch viel länger und kräftiger waren, als der jetzige Entwurf (und die trotzdem langer Er-läuterungsarbeiten bedurften, ohne daß sie dadurch für manche Parteigenossen viel klarer wurden), der zweifelt daran, daß bei solcher „Ergänzung“ hervorgehoben würde, wäre nicht ein Aktionsprogramm, das einen schlichten Arbeitsplan für die nächsten Jahre nach dem Kriege, für die Zeit der sogenannten Uebergangswirtschaft, aufstellt, sondern ein politisch-volkswirtschaftlich-

Habe man die Wehrpflicht wieder aufgehoben und ein neues System freiwilliger Rekrutierung angeordnet.

Als Grund für die Nichterfüllung von Homerule habe Curzon angegeben, daß das Kriegskabinett im Mai von der deutsch-französischen Versöhnung Kenntnis erhalten habe. Aber, sagt Curzon, der jetzt im Tower sitzende Mann Dowling ist ja bereits am 12. April festgenommen worden, also fünf Tage vor Anführung der Homerule-Bill im Unterhause. Jetzt, nach zwei Monaten, sitzen Dowling und die Sinn-Reiner noch gefangen, keine Hauptverhandlung gegen sie hat stattgefunden und dem Publikum wird mitgeteilt, daß Homerule fallen gelassen wird wegen einer Verschwörung, die entdeckt worden ist, bevor Homerule verprochen worden war. Gleichzeitig erklärt der bisherige Leiter der Regierung von Irland, daß diese nicht von einer Verschwörung gewußt habe und daß sie jetzt mit Deuten besetzt worden sei, die für Irlands Glauben und Anschauungen nichts übrig haben.

Curzon schließt damit, daß die für diesen Fall bezeichnende Leichtfertigkeit, Torheit und Grundlosigkeit, dieser Mangel an Weisheit, dieses Vertrauen auf Taktänderungen und Augenblicksausflüsse in ersten Progen ganz ebenso überall sichtbar seien.

Antisemitische Wahlrechtsbekämpfung.

Vor acht Tagen ist in der „Deutschen Zeitung“ der General v. D. v. Gebhart mit der epochalen Entscheidung hervorgetreten, daß der Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen nur eine jüdische Erfindung sei, um die Zerlegung Deutschlands herbeizuführen. Bis hierher habe man sich geirrt, daß das Kind beim rechten Namen zu nennen, aber General v. Gebhart fürchtet sich berufsmäßig vor nichts. — Hat er doch schon unter Bethmann mit der alldeutschen Revolution gedroht — und so verrät er der Welt das Geheimnis, daß das gleiche Wahlrecht von den national-liberalen „Alljuden“ Dr. Friedberg und Dr. Schiffer gemacht wurde (der national-liberale Wahlrechtsgegner Siegel-Osten stört imilde, wird also fortgelassen).

Nunmehr findet Herr v. Gebhart einen begeisterten Schützling in Herrn Franz v. Bodelschwingh. (Werkwürdig, wie selten man unter einem wahlrechtsfeindlichen Artikel einen Namen ohne Adelsprädicat findet!) v. Bodelschwingh aber zieht noch ganz andere Seiten auf als v. Gebhart, er wertet in der Sonntagsnummer der „Deutschen Zeitung“:

Während der Wahlrechtsdebatte im Abgeordnetenhaus habe ich gewartet und gewartet, ob nicht wenigstens dort einmal „das Kind beim rechten Namen genannt werden würde“. Aber vom Judentum, dem Hauptkuldigen an unserem ganzen innerpolitischen Elend, ist von dem leider zurückgezogenen Antrag Deins (der „Kendhämmer“ vom Wahlrecht abzuschließen wollte, Red. d. B.) abgesehen, nicht die Rede gewesen. Es ist und bleibt eben, trotz der furchtbaren inner- und außerpolitischen Zerfurchungsarbeit des Judentums während des Krieges, so wie es vorher war. Von unlernen ist bei denen, denen die parlamentarische Vertretung unseres Volkes anvertraut ist, nichts zu hören. Versteht man im Privatgespräch die Judenfrage, so heißt es: „Sie haben ja vollkommen recht, aber...“ Von einem „Ja, also!“ wie es unser Kaiser einmal empfohlen hat, ist in Bezug auf die Judenfrage nichts zu erkennen und doch ist ein entschieden „Ja! wir wollen den Kampf gegen diesen Verräter und Verderber unseres Volkes sitzen und manhaft aufnehmen“, eine der höchsten Pflichten gegen Gott und Volk.

Wir sprechen zunächst die Hoffnung aus, daß Herr v. Bodelschwingh aus seiner falschen Handhabung der deutschen Grammatik — die er mit den meisten Alldeutschen gemein hat — kein Majestätsbeleidigungsprozess erwächst. Die Worte „gegen diesen Verräter und Verderber unseres Volkes“ sind in seiner schuldigen und unbedeutenden Ausdrucksweise nicht streng grammatikalisch, sondern auf ein nicht dastehendes Hauptwort, etwa auf das Judentum zu beziehen. Sachlich wird dadurch Herr von Bodelschwingh's Lage nicht besser. Denn es ist ein starkes Stück, während viel tausend jüdische Soldaten für Deutschland bluten, diese als „Verräter und Verderber des Volkes“ zu beschimpfen. Was würden die Herren v. Gebhart und von Bodelschwingh wohl sagen, wenn der gleiche Ausdruck von irgend wem auf die wahlrechtsfeindliche Schicht angewendet würde, der sie selbst angehören?

Die Peitsche im Kulturland Mecklenburg.

Der Mißhandelte — nicht der Mißhandler bestraft!

Der mecklenburgische Junker v. Oerben-Roggow, der „seinen“ Schmittler an den Baum bindet, auspeitscht und ihm dann befehlt, sofort weiterzuarbeiten, hat ein Gegenstück erhalten. Nur ist dieser neue Fall in einer Beziehung noch auffälliger: v. Oerben wurde schließlich mit zwei Monaten Gefängnis bestraft; in dem neuen Falle aber erhebt die Strafe — der Ausgepeitschte, weil er wegen der Mißhandlung die Arbeit niederlegte.

Zum Verständnis des Falles muß folgendes vorausgeschickt werden:

Das Hilfsdienstgesetz läßt bekanntlich die jugendlichen Personen männlichen Geschlechts unter 17 Jahren von der Hilfsdienstpflicht frei. Verschiedene stellvertretende Generalkommandos haben nun für diese Hilfsdienstfreien jugendlichen besondere Verordnungen — unter Berufung auf den § 5b des Belagerungszustandsgesetzes — erlassen, durch die die jugendlichen dem Arbeitszwang in der Landwirtschaft unterworfen werden und ihnen insbesondere untersagt wird, ohne Genehmigung des Arbeitgebers oder der Polizei die Arbeitsstelle zu wechseln. Schlußbestimmungen im Sinne des Hilfsdienstgesetzes gegen willkürliche Ausbeutung durch den „Dienstherren“, wie die Vorschriften über Schlichtungsausschüsse, sind in den Verordnungen nicht enthalten. Die Polizeibehörde ist demnach der Schlichter. Unter dieser Rechtslage erging folgendes Urteil eines mecklenburgischen Schöffengerichts:

Der Angeklagte wird aus § 12 der Bekanntmachung vom 1./18. April 1917 (Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos. — D. Red.) in eine Geldstrafe von 10 M. und für den Fall, daß sie nicht beigetrieben werden kann, in eine Haftstrafe von zwei Tagen, sowie in die Kosten verurteilt.

Gründe:

Der Angeklagte... geboren am 1. Dezember 1903 (also ein 14-jähriges Kind. — D. Red.), hat gegen den Strafbefehl vom 17. Mai d. J. Einspruch erhoben und hat die Hauptverhandlung ergebnislos abgelaufen.

Der Angeklagte hat sich mit Einwilligung seines Vaters ordnungsmäßig beim Ortpächter Bauer in Breesen als Kuhhirt, also in einem landwirtschaftlichen Betriebe, verhalten. Es ist richtig,

daß Bauer den Angeklagten am 21. April d. J. und dem folgenden Tage mit der Peitsche und mit Ohrfeigen geprügelt hat; es ist aber auch festgestellt (wodurch? — D. Red.), daß dies nur infolge großer Frechheit (womit diese bekannt, wird nicht gesagt. — D. Red.) des Angeklagten und ohne das Maß einer väterlichen Züchtigung (die „väterliche“ Peitsche! — D. Red.) zu überdauern, geschahen ist; der minderjährige Angeklagte also nicht das Recht hatte, deswegen das Dienstverhältnis zu lösen und, wie er tat, einfach wegzulaufen, und zwar ebensowenig nach der Verordnung vom 8. August 1902 (mecklenburgische Gefindeordnung. — D. Red.) als nach § 5 der Bekanntmachung vom 1./18. April 1917 (Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos. — D. Red.) ohne schriftliche Genehmigung. Der Angeklagte war daher aus der letzteren Verordnung, als der Schwerveren, zu bestrafen. Man hat dem Angeklagten nach Lage der Sache mildernde Umstände zugestanden und eine Strafe von 10 M. ausfindig 2 Tage Haft, für angemessen erachtet.

Das Urteil ist schon ein rechtlich unhaltbar. Nach der mecklenburgischen Gefindeordnung berechtigt jede Mißhandlung des Gefinde zu sofortiger Aufgabe des Dienstes (§ 54 Abs. 1). Nach Entscheidung des Reichsgerichts ist Mißhandlung jede Einwirkung auf den Körper eines anderen, durch welche in denselben eine nicht unerhebliche Störung des körperlichen Befindens hervorgerufen wird. Von einem Züchtigungsrecht kann gar nicht die Rede sein. Ausdrücklich bestimmt Artikel 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch bezüglich der dem Gefindeberechtigten landesgesetzlichen Vorschriften: „Ein Züchtigungsrecht steht dem Dienstberechtigten dem Gefinde gegenüber nicht zu.“ Und die mecklenburgische Gefindeordnung enthält auch keine widersprechende Bestimmung. Schon deshalb ist das Urteil unhaltbar.

Aber davon abgesehen; Es muß dringend etwas geschehen, daß die jugendlichen in der Landwirtschaft nicht fernherin solchen Richterprüden ausgeliefert sind. Den stellvertretenden Generalkommandos muß die Befugnis genommen werden, einen Personenkreis, der von Bundesrat und Reichstag ausdrücklich außerhalb der Hilfsdienstpflicht gestellt worden ist, Arbeitsstellen angulager durch Bestimmungen, die einem Gericht zur Rechtskräftigkeit eines Urteils, wie dem vorkommenden, geeignet erscheinen können.

Der Reichstag muß hier ganz dringlich werden.

Letzte Nachrichten.

Cooreman bekennt sich zu Broqueville.

Bern, 30. Juni. Der belgische Ministerpräsident Cooreman erklärte einem Mitarbeiter der in Le Havre erscheinenden „Petite Cour“, die Politik der belgischen Regierung werde genau in den Richtlinien der Politik Broquevilles fortgesetzt werden. Wenn die deutsche Presse angebe, daß das neue Kabinett die Richtlinien der Broquevillepolitik ändern wolle, täusche sie sich, weder in der Innern, noch in der Außenpolitik bestanden oder bestanden innerhalb der belgischen Regierung Anstimmigkeiten.

Embatt zur Kühlmannrede.

Bern, 30. Juni. Die ersten Kommentare der französischen Presse zur Kühlmannrede sind im allgemeinen recht zurückhaltend. „Humanité“ veröffentlicht die Rede ohne Kommentar. „Populaire“ bedauert, daß die Kriegsziele wieder nicht bekanntgegeben worden seien. Keine der beiden Parteien wolle die Initiative ergreifen; das dürfe nicht ewig so bleiben. „Journal du Peuple“ meint, Kühlmann habe eine Anstrengung gemacht, zur Präzisierung der Kriegszieltragen zuzulangen. Embatt bepricht in der „Lanterne“ die Rede am günstigsten und sagt, sie sei zwar kein Friedensangebot, aber eine sichtliche Bemühung, die Friedensstraße von Hindernissen zu säubern.

Arenski in Paris.

Paris, 30. Juni. (Gagos.) Arenski ist, begleitet von seinem Sekretär und Freund Jabeiani, hier eingetroffen. Fabrikant erzählt laut Gagos, daß Arenski seit dem November-Staatsstreik in Kossau und Petersburg dank der Erbarmlichkeit einiger Freunde in Sicherheit geblieben habe.

Groß-Berlin

Die spanische Seuche.

Die Nachricht, daß die geheimnisvolle Epidemie auch in Deutschland — vorläufig erst in Süddeutschland — aufgetaucht ist, hat naturgemäß auch in der Hauptstadt einige Verunruhigung herorgebracht. Gerüchte wollen wissen, daß die „Spanische“ auch schon in Berlin Quartier genommen habe.

Nun leiden bei uns zweifellos zurzeit mehr Menschen als normal an Erkältungskrankheiten und Influenza, aber diese Erscheinung ließe sich auch ganz ohne das furchterliche naheliege Wort der vergangenen Woche erklären. Nicht jeder, der in den letzten Tagen vor Frost klapperte, hat deswegen an Schüttelfrost gelitten. Immerhin kann eine gewisse Vorsicht nicht schaden, wenn auch übertriebene Ängstlichkeit erst recht von Nutzen ist. Die Fälle, die bei solchen Anlässen einer Suggestion erliegen und sich krank glauben, obwohl ihnen nichts fehlt, ist erfahrungsgemäß nicht gering. Bei ernstlichen Anlässen, namentlich bei Auftreten von Fieber, nehme man rechtzeitig ärztliche Hilfe in Anspruch. Selber macht sich jetzt der durch den Krieg verursachte Arztmangel sehr unangenehm fühlbar.

Zu übertriebene Besorgnissen liegt kein Anlaß vor. Selbst wenn es wirklich die „Spanische“ sein sollte, so hat diese Krankheit doch im allgemeinen einen recht leichten Charakter. In Spanien, wo mehrere Millionen Menschen erkrankt waren, wurden doch nur ganz wenig Todesfälle verzeichnet. Gewöhnlich dauert der Krankheitszustand nur etwa drei Tage an.

Bezirks-Jugendkonferenz.

Zum Jugendheim, Lindenstraße 3, wurde am gestrigen Sonntag eine Jugendkonferenz für den Bezirk Groß-Berlin abgehalten. Der Vorsitzende Weber erläuterte den Jahresbericht des Jugendauschusses. Er jagte unter anderem: Der Zeit der Auseinandersetzungen, welche eine Folge der in die Jugendbewegung hineingetragenen Zersplitterungsperiode waren, ist eine Zeit der raschen, dem Wiederaufbau der Jugendbewegung dienenden Kleinarbeit gefolgt. Unter diesem Zeichen stand das letzte Geschäftsjahr. Die Arbeit war schwierig, denn es fanden ihre nur wenige Kräfte zur Verfügung, da viele von den Mitarbeitern aus den Reihen der Jugend ihrer Militärpflicht genügen und die allerer, für die Jugendbewegung weiterarbeitenden Genossen mit Arbeit

überlastet sind. Trotzdem sind nennenswerte Erfolge erreicht worden. In 7 Orten des Bezirkes ist gearbeitet worden. 5 dieser Orte haben Berichte über die Ergebnisse ihrer Arbeiten geliefert. Daraus ergibt sich, daß sich die Abminderung auf der bisherigen Höhe gehalten hat. Es fanden 287 Veranstaltungen (Vorträge, Diskussionsabende, Spielabende, Wanderungen usw.) statt, an denen sich 11001 Jugendliche (6388 männliche und 4708 weibliche) beteiligten. Mäßige Kleinarbeit war es, die der Bezirks-Jugendauschuss während des Jahres geleistet hat. Wenn jeder an der Bewegung Teilhabe seine ganze Kraft einsetzt, werden die Erfolge sich vermehren und die Bewegung wird im Verein arbeitender Jugend ihren machtvollen Ausdruck finden.

In der Diskussion betonte Genosse Weimann, daß die Erfolge der neu aufgebauten Jugendbewegung recht erfreulich sind. Alles, was geleistet wurde, sei ja im Vergleich nicht zum Ausdruck gekommen, so die wertvolle Arbeit des Bezirks-Jugendauschusses. Wünschenswert sei die Aufnahme der Jugendarbeit in den Vereinen, wo die Möglichkeit bestehe, eine Jugendbewegung im Sinne des Vereins arbeitender Jugend ins Leben zu rufen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde der Wunsch nach einer Verschmelzung der gewerkschaftlichen Jugendabteilungen mit der Jugendbewegung ausgedrückt. Dazu bemerkte Genosse Hah, der Jugendauschuss sei auf dem Wege, diese Aufgabe in der Weise zu lösen, daß es den Angehörigen der gewerkschaftlichen Jugendabteilungen ermöglicht werde, ohne persönliche Beitragsleistung Mitglieder der Jugendbewegung zu werden. Aufgehoben könnten die Jugendabteilungen der Gewerkschaften nicht werden, weil sie berufliche Aufgaben im Interesse der Bedingten zu leisten haben.

Auch von anderen Rednern wurde betont, daß ein inniges Zusammenarbeiten der Jugendbewegung mit den gewerkschaftlichen Jugendabteilungen notwendig sei, wenn auch eine Verschmelzung selber nicht stattfinden konnte.

Nach Schluß der regen Aussprache wurden gewählt in den Bezirks-Jugendauschuss die Kollegen Joseph Frische, Adolf Rüdiger, Hartung, Rißer und die Kolleginnen Walter und Kautzsch. In die Zentralstelle die Kollegen Engel, Mayer, Clausen und die Kollegin Lührs. Als Vorsitzender des Bezirks-Jugendauschusses wurde Weber einstimmig wiedergewählt.

Postpakete nach Konstantinopel. Wegen der durch den Krieg hervorgerufenen Verpäckungs- und Versendungserschwierigkeiten wird das Rechtgewicht der Postpakete nach Konstantinopel vorübergehend auf 20 Kilogramm erhöht. Eine Wertangabe ist für diese Pakete nicht zugelassen. Das Porto ist festgelegt worden für Sendungen im Gewicht von mehr als 5 bis 10 Kilogramm auf 4,00 M., von mehr als 10 bis 15 Kilogramm auf 7 M. und von mehr als 15 bis 20 Kilogramm auf 9,00 M. Im Falle des Verlustes, der Veranbarung oder der Beschädigung der Pakete wird entsprechend dem für Pakete bis 5 Kilogramm gültigen Höchstsaße von 20 M. als Entschädigung nicht mehr gezahlt als 40 M., 60 M. und 80 M. für die oben genannten Gewichtsklassen über 5 Kilogramm. Wegen des erhöhten Gewichtes und des meist größeren Umfanges der Sendungen werden die Absender besonders darauf hingewiesen, daß eine gute und dauerhafte Verpackung unerlässlich ist.

Wegen der in der Türkei bestehenden besonderen Verhältnisse kann auch der neue Verkehr vorläufig nur innerhalb der für den Paketverkehr mit der Türkei bestehenden Annahmehöhenzulagen zugelassen werden. (Zugauslieferung zurzeit höchstens 5 Pakete bis 5 Kilogramm von einem Absender). Hiernach darf ein Absender auch bei Antragsannahme des erhöhten Höchstgewichtes bis auf weiteres höchstens 20 Kilogramm Paketgewicht nach Konstantinopel auflictern, z. B. höchstens 1 Paket zu 20 Kilogramm und 1 Paket zu 5 Kilogramm oder 1 Paket zu 10 Kilogramm und 3 Pakete zu 5 Kilogramm.

Kohlefabrik und Winter verfallen nunmehr ebenfalls der Kriegskriegsbeschlagnahme. Der Aufsichtsrat der Kesselfabrik-Gesellschaft hat im Einvernehmen mit der Kriegskriegsbeschlagnahme beschlossen, die Verwaltung der Kohle- und Winterfabrik durch eine zu bildende Abteilung der Kesselfabrik-Gesellschaft zu übernehmen. Im Zusammenhang damit steht die Beschlagnahme dieser Fabrik zu erwarten, wodurch jedoch die freie Wirtschaft bei der Gewinnung dieser Kohlen nicht unterbunden werden soll; vielmehr ist der Kesselfabrik-Gesellschaft ausdrücklich zur Aufgabe gemacht worden, ein Unternehmen heranzubilden und zu fördern, das die Überleitung und Ausschüttung dieser Kohlenmenge betreibt. Um den Aufsichtsrat von dem Eingangsabenden der Wirtschaftsgestaltung zu entlasten, werden aus Sachverständigen drei Ausschüsse gebildet: für Kessel, Zappa und Winter; diese errichten einen gemeinsamen Ausschuss für Aufsichtnahme. Die Gesellschaft hat sich vor kurzem an die gewerkschaftliche Industrie gewandt und zur Beteiligung an der zur Zeit ausgeschriebenen Kapitalerhöhung eingeladen. Die Verwaltung dieser Aufforderung liegt darin, daß den Gesellschaftsmitgliedern zufolge nach der Freigabe die Verteilung der erworbenen Aktien an die Mitglieder nach Rückgabe ihrer Beteiligung erfolgen wird.

Kein Krüppelheim für unerkannte Kriegsbekämpfte. Volks-Bureau wird benachteiligt, folgende Notiz, hinter der schwere Kriegstragik sich birgt, zu verbreiten: Ein und wieder taucht das Gerücht auf, daß sich in Berlin ein Krüppelheim befindet, in dem Kriegsbekämpfte, deren Persönlichkeit infolge der Schwere ihrer Verletzung nicht festzustellen sei, untergebracht würden. Dieses Gerücht entbehrt jeder Grundlage; ein solches Krüppelheim gibt es weder in Berlin noch sonst irgendwo in Deutschland.

Bauer Sieger im „Memento 1914“.

Im Sportpark Treptow fiel gestern bei aufbelebtem Hauch die Entscheidung in dem klassischen Dauerrennen „Memento 1914“. Dem Entscheidungslauf gingen noch zwei Zwischenläufe über je 50 Kilometer voraus. Im ersten Zwischenlauf fielen Stellbrink und Prymmerl infolge wiederholten Radwechsels so gut wie ganz aus dem Rennen, im zweiten Zwischenlauf begünstigten sich Günther und Lewanow, wie voranzugehen war, mit bloßen Greifhelfenrollen. Zum Entscheidungslauf über ebenfalls 50 Kilometer wurde dann neben den beiden ersten und dem schnellsten zweiten aus den Zwischenläufen Bauer, Krupat und Pawle, nach Wahl der Direktion, noch Stellbrink als vierter Teilnehmer zugelassen. Leider nahm aber auch dieses große Rennen nicht den erwünschten einwandfreien Verlauf. Mit Ausnahme des Siegers, Bauer, hatten alle anderen Fahrer unter wiederholten Nachsätzen zu leiden. Zweifellos war Pawle der schnellste Fahrer im Entscheidungslauf; infolge zweimaligen Radwechsels mußte er sich aber mit dem zweiten Platz begnügen. Auch Stellbrink und Krupat führten ein schnelles Rennen, so daß sie bei glattem Verlauf ebenfalls Bauer den Sieg leicht freitig gemacht haben könnten. In den beiden Siegerrennen stellten Abraham und Düssel die Sieger.

Ergebnisse: „Memento 1914“, 1. Zwischenlauf, 50 Kilometer: 1. Krupat, 44 Min. 44 Sek.; 2. Witting, 120, 3. Prymmerl, 4040 Meter, 4. Stellbrink weit zurück. 2. Zwischenlauf, 50 Kilometer: 1. Bauer, 43 Min. 36 Sek.; 2. Pawle, 1850 Meter, 3. Günther weit zurück, 4. Lewanow weit zurück. Entscheidungslauf, 50 Kilometer (4000, 3500, 3000, 2500 M.): 1. Bauer, 43 Min. 50 Sek.; 2. Pawle 315, 3. Stellbrink 1290, 4. Krupat 2560 Meter zurück. — Hauptsechser für Klasse 2 und 3, 000 Meter: 1. Günther, 1 Min. 30 Sek.; 2. Wegener; 3. Freimwald; 4. Köhlig; 5. Abraham. — Prämiensfahrten, 5000 Meter: 1. Abraham, 7. Min. 14 Sek.; 2. Häusler; 3. Sawall; 4. Hops.

Der Wächter als Hausdick. Eine überraschende Aufführung haben jetzt fortgesetzte Diebstähle gefunden, die in einem öffentlichen Gebäude in der Invalidenstraße verübt wurden. In diesem Gebäude sind auch einer Wohlfahrts-Gesellschaft eine Anzahl Räume überlassen worden. Aus ihnen verdrängten seit längerer Zeit fortgesetzt auf ganz unerklärliche Art die verschiedensten Waren, Labal, Schokolade, Bonbons, Wein, Zigaretten usw. So

